



Der demografische Wandel – unsere gemeinsame Herausforderung

3. Nürnberger Stiftertag, 27. September 2013

Es ist mir eine besondere Freude und Ehre, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen. Der Generali Zukunftsfonds hat von Anfang an mit vielen Stiftungen zusammengearbeitet und tut das auch gerne, weil deren Energie für den anstehenden gesellschaftlichen Wandel unbedingt erforderlich ist.

Das Thema meines Vortrags ist auch zugleich das Motto, unter dem die Arbeit des Generali Zukunftsfonds seit 2008 steht. Ich werde Ihnen gleich die demografische Herausforderung an einigen wenigen Zahlen demonstrieren, dann auf die gegenwärtigen Defizite bei der Bewältigung dieser Herausforderung in Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eingehen und abschließend drei Empfehlungen geben, die das Stichwort „gemeinsam“ konkretisieren.

Wir als Unternehmen, die Generali Deutschland Holding AG, sind fest davon überzeugt, dass alle Unternehmen eine gesellschaftliche Verantwortung haben. Diese gesellschaftliche Verantwortung erschöpft sich nicht darin, Arbeitsplätze zu stellen, gute Produkte oder Dienstleistungen zu erbringen und Steuern zu zahlen. Vielmehr sind die Unternehmen verpflichtet, aktiv zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen, denn das ist eine der Grundvoraussetzungen einer funktionierenden Gesellschaft, auf die alle Unternehmen angewiesen sind. Und zu deren Funktionieren gehört viel mehr als Arbeitsplätze, Steuern, Güter und Dienstleistungen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gelebt und gefördert von den 600.000 Vereinen, die es in Deutschland gibt und von zahllosen freien Initiativen, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, nicht zuletzt von Familien und Stiftungen. Und die brauchen dringend eine bessere Ermöglichungsstruktur.

Wo es Herausforderungen gibt, müssen Lösungen erarbeitet werden. Lösungen entstehen aus einer gesellschaftlichen Verantwortung, die aus unserer Sicht in ihren drei Dimensionen verwirklicht werden muss: Auf einer persönlichen, auf einer gesellschaftlichen und auf einer überzeitlichen Ebene. Helmut Kohl hat diese letzte Ebene als „Verantwortung vor der Schöpfung“ bezeichnet. Diese Verantwortung kommt nicht nur Einzelpersonen zu. Alle gesellschaftlichen Akteure, seien es Gesetzgeber, Unternehmen oder einzelne zivilgesellschaftliche Körperschaften tragen ebenso diese dreidimensionale Verantwortung. Und nur so kann ein gedeihliches Zusammenleben organisiert werden.

Die dritte, die überzeitliche oder ganzheitliche Dimension ist es, die den Entscheidern heute zumeist abgeht: Politiker sind auf ihre zeitlich klar definierte Wiederwahl fixiert - meist vier Jahre -, Unternehmer und Manager auf die Ergebnisse des laufenden und vielleicht des folgenden Geschäftsjahrs. Die Familienunternehmer muss man davon ausnehmen, sie verfolgen in der Regel langfristige Strategien. Die vorherrschende Kurzsichtigkeit bei den anderen aber ist sehr gefährlich, weil sich vieles in kurzfristig wirksamen Maßnahmen erschöpft. Das hilft nicht wirklich weiter – im Gegenteil: Es verschärft die Krise noch, weil kurzfristiges Wohlergehen das Krisenbewusstsein gar nicht aufkommen lässt und die für wirkliche Lösungen notwendige Bereitschaft sich nicht entwickeln kann. Die Tatsache, dass wir einen Beschäftigtenrekord in Deutschland zu verzeichnen haben oder das nachweisliche gute Einkommen der überwiegenden Mehrheit der Älteren, behindert die Sicht auf absehbare zukünftige Arbeitsmarktentwicklungen und die sich schon jetzt abzeichnende Altersarmut, wird aber als Erfolg verkauft. Dazu gleich mehr.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle aber vorher noch einen kleinen Exkurs zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen. Im 1. Engagementbericht der Bundesregierung wurde letztes Jahr der Schwerpunkt „Engagement der Unternehmen“ behandelt. Als Ergebnis lässt sich vereinfacht feststellen, dass die Unternehmen ihre gesellschaftliche

Verantwortung (corporate social responsibility – CSR) vorwiegend als ein Instrument sehen, mit dem sie speziell ihr eigenes „Marken“-Ansehen (man spricht von „Reputation“) und allgemein das angeknackste Ansehen der Marktwirtschaft in Krisenzeiten reparieren können. Das eigentliche „Kerngeschäft“ sei aber rein das wirtschaftliche Handeln. In dieser Argumentation verkommt die gesellschaftliche Verantwortung zu einem „nice to have“ und mutiert zu einem gutsherrlich zu vergebenden Almosen. Wir halten das für verheerend und falsch und nicht mit den Grundsätzen eines ehrbaren Kaufmanns für vereinbar. Die mindestens ausreichende Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung gehört untrennbar zum Kerngeschäft. Angesichts der beschriebenen mangelhaften Grundhaltung vieler Unternehmen, wundert es einen dann auch nicht, dass in ganz Deutschland nach Angaben des Berichts ca. 11 Mrd Euro von den Unternehmen für gemeinnützige Zwecke ausgegeben werden – zu 90 Prozent aber unsystematisch: Da begießen viele Unternehmen vorwiegend ihre Standorte oder bei Großunternehmen auch die ganze Republik jeweils nach dem caritativen Gießkannenprinzip - das ist nicht die gesellschaftliche Verantwortung, wie wir sie uns vorstellen.

Lassen Sie mich ganz kurz auf die demografischen Rahmenbedingungen eingehen, die für uns alle eine Herausforderung bedeuten.

Der oft zitierte – und zumeist verharmlosende - Satz, dass wir „weniger und älter werden“ greift erheblich zu kurz.

Folgende grundlegende Zahlen sollten jedem zu denken geben:

- Bis 2030 wird die Zahl der 20- bis 65-jährigen Erwerbsfähigen um 6,3 Millionen sinken. Schon heute bleiben mehr als 100.000 Ausbildungsplätze unbesetzt.
- im selben Zeitraum wird die Zahl der 60- bis 64-Jährigen um 1,6 Millionen steigen,
- die Zahl der über 65-Jährigen wird um 5,5 Millionen zunehmen.
- Dementsprechend verläuft die Entwicklung beim Verhältnis der aktiv in den Sozialversicherungsträgern Versicherten zu der Anzahl an Rentnern: 1960 kamen statistisch 3,9 Erwerbstätige auf einen Rentner, 1990 nur noch 2,3 und im Jahre 2012 lag das Verhältnis bei 1,8 zu 1 - und es wird sich wegen der niedrigen Geburtenrate weiter deutlich verschlechtern.

Das kann nach Adam Riese nicht gut gehen: Wie soll den ein einziger Arbeitnehmer eine komplette Rente bezahlen? Niemand hat eine Patentlösung für die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung. Dasselbe gilt für die Pflegeversicherung. Bis 2050 wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen glatt verdoppeln. Und gleichzeitig schrumpft das sogenannte „informelle Pflegepotential“: Heute noch werden 70% aller Pflegeleistungen zu Hause erbracht. Vorwiegend ältere Frauen erbringen diese gewaltigen Leistungen im Unsichtbaren, schlecht bezahlt mit Pflegegeld und ohne gesellschaftliche Anerkennung, zumeist pausenlos. Diese Leistungserbringer wird es in einigen Jahren einfach nicht mehr geben, weil sie sterben werden – und es folgen Ihnen auch nicht andere nach, weil diese nicht geboren wurden. Eine Lösung ist nicht absehbar, aber eines ist sicher: Mehr stationäre Pflegeheime wird niemand bezahlen und schon heute fehlen mehr als 25.000 Altenpflegekräfte, also fehlt neben dem Geld auch das qualifizierte Personal.

Schauen wir uns das Bildungssystem an: Obwohl wir einen Riesenmangel an Fachkräften haben, leisten wir uns seit Jahrzehnten den Luxus, fast 10 Prozent eines Jahrgangs zu verlieren: So viele brechen die allgemeinbildende Schule ab ohne Abschluß – vermutlich auch hier in Nürnberg. Und nach Aussage der IHK gibt es bei den Schulabgängern nochmal 20 Prozent ausbildungsunfähige obendrauf. Schon im letzten Jahr sind mehr als hunderttausend Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben. Wer von Ihnen glaubt, dass das Schulsystem aus sich heraus die Qualität erreichen wird, die wir für unsere gemeinsame Zukunft brauchen? Auf diese Frage hat noch nie jemand „Ja!“ geantwortet.

Als Ergebnis können wir zusammenfassen: Die herkömmlichen Sozialsysteme sind dieser Herausforderung nicht gewachsen. Und mehr staatliches Geld wird es auch nicht geben, da wir die Schuldenbremse im Grundgesetz vorgesehen haben. Und die ist richtig, weil wir ein Rest an Generationengerechtigkeit auch noch beachten müssen. Jetzt kommt es darauf an, alle gesellschaftlichen Ressourcen zu mobilisieren. Wir sehen im bürgerschaftlichen Engagement eine ganz besondere und besonders leicht zu mobilisierende Energie – und sie leistet schon heute sowohl im

Bildungswesen als auch bei Pflege- und Betreuung gewaltige Dienste: Es gibt zahllose Patenschafts- und Mentoringprojekte, die gute Dienste leisten. Und es gibt sicher mehr als 2000 gemeinschaftliche Wohnprojekte, wo auch Pflege- und Betreuungsdienste geleistet werden: Eine ganz kleine Nische im Wohnungsmarkt. Aber sie alle kommen nicht gegen den großen Strom an: Wir gewinnen viele kleine Schlachten, aber verlieren den Krieg um unsere künftige Lebensqualität.

Kommen wir zur schonungslosen Schilderung der Ausgangslage, wie sich unsere Gesellschaft drauf einstellt oder besser: unzureichend einstellt.

Verlängerung der Lebensarbeitszeit tut not!

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter ist in Deutschland innerhalb von zehn Jahren von 62,3 Jahren im Jahr 2000 um schlappe 1,2 Jahre auf gerade einmal 63,5 Jahre (2010) gestiegen. Damit steht den stetig steigenden Rentenbezugsdauern eine schneckengleich langsame Erhöhung des Renteneintrittsalters und damit keine wirkliche Verlängerung der aktiven Lebensarbeitszeit gegenüber. Da ist es nur vollkommen richtig und im wahrsten Sinne des Wortes „not-wendig“, dass der Gesetzgeber die Heraufsetzung des Renteneinstiegs von 65 Jahren auf 67 Jahre beschlossen hat. Typisch deutsch dabei: Die Erhöhung erfolgt in fast homöopathisch zu nennenden Kleinstdosen und wird auf 18 Jahre verteilt, bis sie endgültig wirksam wird.

Es gibt renommierte Wissenschaftler, die schon jetzt sagen, dass die bis 2029 voll wirksam werdenden zwei Jahre Mehrarbeit durch die bis dahin gestiegene durchschnittliche Lebenserwartung um drei Jahre mehr als kompensiert werden. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung geht also ein bisschen zu, aber auch wieder ein Stückchen auf. Die Folge: Es wird weitere Verlängerungen der Lebensarbeitszeit, möglichst freiwillig, geben müssen. Dies gilt umso mehr, als niemand wirklich wollen kann, dass die schon heute horrend hohen Sozialabgaben immer weiter steigen – auf mehr als die aktuell vorgesehenen gesetzlichen Grenzwerte von 20 Prozent bis 2020 bzw. 22 Prozent bis 2030. Den kommenden Generationen derart noch mehr Belastungen aufzuerlegen, wäre auch gegen die Generationengerechtigkeit.

Und doch wissen wir alle, dass das bestehende paritätisch bezahlte Rentensystem, bei dem die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und die Arbeitgeber zu gleichen Teilen die Renten bezahlen, heute schon überfordert ist und nur mit einem jährlichen Bundeszuschuss in Höhe von 80 Milliarden Euro aufrechterhalten werden kann. Dass dabei die Rücklage der Rentenversicherung in Höhe von 1,2 Monatsausgaben als „Nachhaltigkeitsrücklage“ bezeichnet wird, ist angesichts der aufgezeigten demografischen Entwicklung nicht mehr als ein schlechter Witz.

Alter und Rentenniveau – großer Handlungsbedarf!

Gleichzeitig wird das Rentenniveau auf weniger als 50 Prozent des Bruttolohns gesenkt – und sinkt in Folge des demografischen Faktors weiter auf 43% ab. Dann ist für viele nicht einmal mehr eine Grundsicherung vorhanden. Denn nicht nur der gesetzliche Anspruch wird für alle gesenkt, auch die individuellen Rentenansprüche sinken durch unterbrochene Erwerbsbiografien, Minijobs oder andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die in den letzten Jahre erheblich zugenommen haben. Und obwohl die meisten Westdeutschen weitere Einnahmequellen im Alter haben (Betriebliche Altersversorgung, private Lebensversicherungen und Wohneigentum) gilt dies nicht für die Geringverdiener und auch nicht für die meisten Ostdeutschen. Die Altersarmut ist also programmiert für wachsende Bevölkerungsanteile – und das könnte für den sozialen Frieden in Deutschland sehr gefährlich werden.

Und damit kommen wir zur Frage: Wie reagieren die einzelnen Sektoren Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf diese absehbare und unumkehrbare Entwicklung? Ich meine allesamt unzureichend. Lassen Sie mich das nur an einigen symptomatischen Beispielen erläutern:

Wir beginnen mit dem Bereich Politik und Staat:

Manche meinen, wir könnten durch eine stärkere Einwanderung den Fachkräftemangel beheben. Das gelingt nicht, selbst nicht, wenn die extrem hohe Zuwanderungsquote von 2012 (es waren netto über 300.000 Zuwanderer) erneut erreicht wird: Die Qualifikationen passen nicht so ohne weiteres und es gibt immer noch einen großen Teil Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, die den Gemeinden voll zur Last fällt. Zur Zeit vergrößern wir mit einer konzeptionslosen Einwanderungspolitik noch unsere Probleme.

Obwohl wir wissen, dass Altersarmut droht, schaffen wir es nicht, die automatische Beendigung von Arbeitsverhältnissen bei Beginn des sog. Renteneintrittsalters zu verhindern und zumindest diejenigen, die können und wollen, unproblematisch länger arbeiten zu lassen. Dabei geht die Handlungsaufforderung in diesem Fall gar nicht an den Gesetzgeber: Das Rentenrecht sieht das Regeleintrittsalter in die Rente lediglich als Kann-Bestimmung vor, die Altersgrenze dient nur dazu, die Abschlagsfreiheit der Rentenansprüche zu garantieren. Wer früher geht, nimmt Abschläge in Kauf (das machen erstaunlich viele!), wer länger arbeitet, kann seine Rente um jährlich 6% verbessern. Zeigen Sie mir doch eine Kapitalanlage, in der das heute noch möglich ist. Wie lange wollen und können wir es uns noch leisten, dieses Arbeitspotential der Älteren ungenutzt liegenzulassen? Und eine ganze Menge von Älteren, das bestätigen FORSA-Umfragen, sind bereit, länger zu arbeiten.

Die gesellschaftliche Bewegungslosigkeit wird an einer Episode deutlich: Ich habe mich in einer Expertengruppe gegen Altersdiskriminierung für die ersatzlose Abschaffung aller pauschalen Altersgrenzen in den Tarifverträgen eingesetzt. In den Manteltarifverträgen und in Tarifverträgen nämlich ist sie wirksam verankert und für die meisten Arbeitnehmer verbindlich. Von Gewerkschaftsseite musste ich mir das Gerede aus dem vorvorletzten Jahrhundert anhören, dass damit nur „Ausbeutungsverhältnisse“ verlängert würden. Die Wahrheit ist, dass für die Mehrheit und auch für viele Ältere Erwerbsarbeit immer noch die beste Form gesellschaftlicher Teilhabe und Anerkennung bedeutet, sie vermittelt Selbstwertgefühl und Anerkennung. Und die organisierten Arbeitgeber behaupteten wahrheitswidrig, dass die Flexibilisierung zu kompliziert ist. Es gibt aber längst Modelle, in denen das mit guten Erfolgen praktiziert wird – und die Produktivität älterer Arbeitnehmer ist auch keineswegs geringer als die der Jüngeren. Und da muss nicht der Gesetzgeber, das müssen die Tarifparteien handeln. Möglicherweise könnte der Gesetzgeber die Tarifparteien auffordern oder zumindest ermuntern, das ihre beizutragen zu einem Ende dieser diskriminierenden Praxis. Und niemand kann verbieten, neue Arbeitsverhältnisse auch nach 65 noch abzuschließen. Diese sind aber mitbestimmungspflichtig und können an der fehlenden Zustimmung des Betriebsrats scheitern.

Die Politik hat bei der Lebensarbeitszeit einen gewaltigen Fehler inzwischen korrigiert: die gesetzliche Begünstigung von Altersteilzeit ist beendet. Nur um mal die Dimensionen zu verdeutlichen, die solche Schritte kosten: Die Arbeitsagentur hat in den letzten Jahren Zuschüsse von 7,2 Milliarden pro Jahr gezahlt. So wurden massenweise Arbeitnehmer auch auf unsere Kosten in den vorgezogenen Ruhestand abgeschoben. Da konnten dann jüngere nachrücken, hieß es. Viele behaupten, dieser Vorgang wäre auch ohne staatliche Hilfe passiert. Wenn die Politik das Problem wirklich politisch adressieren würde, müssten wir es heute umgekehrt machen: Die Unternehmen belohnen, die Ältere weiterbeschäftigen. Doch das wird nicht mal diskutiert. Stattdessen steht die Halskette der Kanzlerin und der Mittelfinger des Kandidaten im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Ich nix verstehen. Auch nicht, warum in vielen Runden weder die Zuschauer noch die Journalisten entsprechend scharfe Fragen zur demografischen Herausforderung gestellt haben. Allerorten Friede, Freude, Eierkuchen und Scheinkämpfe auf Nebenkriegsschauplätzen. Zum Heulen!

Lassen Sie uns jetzt kurz auf die Reaktionen des Gemeinwesens auf diese demografische Herausforderung eingehen.

Fangen wir unten an, auf einer Ebene, die jeder täglich erlebt:

Die meisten Kommunen (dort findet das Engagement statt!) in Deutschland sind strukturell stark unterfinanziert.

Sie haben ständig mehr Aufgaben und damit Ausgaben als Einnahmen. Insbesondere die Sozialausgaben nehmen stetig zu, aber nicht die Einnahmen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, zu dessen Behebung es sicher keine einfache Lösung gibt. Eine sicherlich nicht wahnsinnig ertragreiche Teillösung könnte in der Aufhebung des sogenannten

„Kooperationsverbots“ im Grundgesetz liegen, das dem Bund die Förderung von Kommunen verbietet. Aber auch hier sind mit der Schuldenbremse und der Schwierigkeit von Steuererhöhungen ganz enge Grenzen gesetzt. Eine Folge dieser finanziellen Notlage ist es, dass finanzschwache Kommunen vollkommen kurzfristig und kontraproduktiv gezwungen sind, an sämtlichen Ausgaben sparen, auch an solchen, die volkswirtschaftlich sinnvollen Mehrwert schaffen, beispielsweise das bürgerschaftliche Engagement. Selbst in den Gemeinden, in denen es sog. Stabsstellen und Förderprogramme für bürgerschaftliches Engagement gibt, drohen Kürzungen, weil die Decke eben zu kurz ist und das ganze als „freiwillige Leistung“ gilt, die nicht unbedingt zur Daseinsvorsorge gehört. Das ist ein gewaltiger und kurzfristiger Fehler. Aus meiner persönlichen Sicht, ist das Vorhalten einer Engagementinfrastuktur ebenso notwendig, wenn nicht notwendiger (!) wie das Vorhalten von Kindergärten und Altenheimen – und es ist nicht einzusehen, warum das keine kommunale Pflichtaufgabe sein soll. Und eines muss man sich merken: Das freiwillige Engagement fällt nicht wie Manna vom Himmel, es muss gehegt und gepflegt werden.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft in den Kommunen lässt nach. Die Heterogenität der Lebensverhältnisse innerhalb von Kommunen, also in den einzelnen Stadtteilen, und erst recht im Vergleich zwischen unterschiedlichen Kommunen zwischen Stadt und Land nimmt ständig zu. Gerade die weitere Entvölkerung ganzer ländlicher Regionen muss uns große Sorgen machen. Die im Grundgesetz noch vorgesehenen „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ werden zwar auch von der Bundesregierung in der kürzlich verabschiedeten Demografiestrategie beschworen: Sie sind aber schon heute einfach nicht mehr gegeben – und auch nicht in Sicht, im Gegenteil. Aber keiner will darüber reden, weil eine Offenheit zu diesem Thema mit der Aussicht bestraft werden könnte, die nächste Wahl zu verlieren. Aber Nicht-Handeln ist auch Handeln: Hier wird ein lebenswichtiges Element unseres bisherigen Sozialstaats, die Gewährleistung einer gleichwertigen Daseinsvorsorge, durch Schweigen und Nichtstun in ein privates Risiko verwandelt: Die alten Leute, die auf dem Land leben wollen, in ihren angestammten Gemeinden, sind die gekniffenen. Sie müssen sich also selbst helfen bzw. die Zivilgesellschaft muss so gestärkt werden, dass sie sich gegenseitig helfen können.

Das politische System, hier also die kommunale Selbstverwaltung, funktioniert vor Ort ebenso suboptimal wie auf Landes- und Bundesebene.

Es fehlt an Glaubwürdigkeit, es fehlt an Verlässlichkeit. In Sachen Energiesicherheit nach der Energiewende bestehen große ungelöste Fragen. Die Zukunft der Pflegeversicherung ist völlig offen. In der Frage der Demografie ist gar keine wirkliche Strategie, die den Namen verdient, erkennbar, weder auf Bundes- noch auf Landesebene noch auf kommunaler Ebene. Allerorten behilft man sich mit zeitlich befristeten und weitgehend segmentierten Programmen, beim Bund mit Bundesmodellprogrammen, die auf drei Jahre befristet sind und die jeweils lokale soziale Brandherde unter Kontrolle bekommen sollen. Zuständigkeiten sind auf mehrere feste Säulen in der Verwaltung verteilt und die einzelnen Fachabteilungen kommunizieren (wenn überhaupt) nur unzureichend miteinander. Hier in Nürnberg gibt es das schon deutliche Verbesserungen – das dürfte die berühmte Ausnahme sein, die die Regel bestätigt.

Bei den Pflege- und Betreuungsleistungen gibt es ein selbst für Fachleute kaum zu durchschauendes Dickicht zwischen Leistungsansprüchen an die gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung und an die Eingliederungshilfe – und jeder Akteur ist bemüht, seine eigenen Ausgaben zu sparen und dafür die jeweils anderen Leistungsträger zu belasten. Dieser Verschiebeparkplatz findet dann auch zwischen Kommunen und dem Bund statt, weil jeweils andere Zuständigkeiten und Zahlungspflichten besteht.

Und an Bundesmitteln, die den Kommunen in einem anderen Bereich helfen sollten, wird dann auch noch großzügig gekürzt, wie zuletzt am Programm „Soziale Stadt“. Dieselbe Kurzsichtigkeit und Organisationsegoismus, also immer nur isoliert und in eigener Regie handeln bzw. fördern, gilt übrigens auch für die Förderpolitik der meisten Unternehmen und Stiftungen. Diese Krankheit nennen wir Projektitis, geheilt wird dabei niemand. Der übergreifende, der ganzheitliche und nachhaltige Ansatz und die Kooperation, die fehlen. Das politische wie das wirtschaftliche System kämpfen mit einem nie dagewesenen schlechten Ansehen, insgesamt fehlt es an politischer Legitimation. Wir sind weit von Weimarer Verhältnissen entfernt. Aber die Parole: „Wehret den Anfängen!“, die gilt auch heute noch oder schon wieder.

Dort, wo einerseits das Risiko wächst, gedeihen zum Glück aber andererseits auch Chancen. Wir haben in Deutschland glücklicherweise eine breite Bewegung des bürgerschaftlichen Engagements. Mehr als 23 Millionen Menschen engagieren sich freiwillig in Deutschland. Wir haben den gewaltigen Umfang des informellen Engagements von Personen zwischen 65 und 85 Jahren in der Ende November erscheinenden **Generali Altersstudie** nachgewiesen: 45 % der Älteren engagieren sich außerhalb der Familie: wenn man diese Zeit auf Vollzeitstellen umrechnet, kommen 870.000 Stellen dabei heraus – ergänzt wird das außerfamiliäre Engagement durch Engagement in der Familie: Allein für Kinderbetreuung bringen die Älteren einen Arbeitswert von 1,4 Mio Vollzeitstellen auf. Man müsste mal den volkswirtschaftlichen Wert berechnen, der damit kostenlos eingebracht wird und zahllosen Eltern erst ihre Erwerbsarbeit ermöglicht. Hinzu kommen regelmässige finanzielle Hilfen der älteren Eltern an ihre Kinder und Enkel: Fast 10 Mrd Euro pro Jahr (ohne Geschenke und Erbschaften!) . Das ist fast soviel, wie alle Unternehmen in Deutschland zusammen für den gemeinnützigen Sektor bereitstellen.

Wie schon in den letzten Freiwilligensurveys behauptet, fanden wir auch bei den älteren Engagierten eine erhebliche Bereitschaft, ein neues Engagement aufzunehmen oder das bestehende zu erweitern. Aber sie wollen konkret gefragt werden. Und ihr Wunsch nach Mitbestimmung und Autonomie muss natürlich auch berücksichtigt werden.

Die bestehende Unübersichtlichkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen muss überwunden werden!

Und sehen Sie sich doch die Verhältnisse in der Zivilgesellschaft an: Wir haben in den Wohlfahrtsverbänden Riesenkonzerne, die größten Arbeitgeber Deutschlands.

- Sie teilen sich ihr gemeinsames Monopol an parastaatlicher Wohlfahrtspflege untereinander auf,
- sie achten hauptsächlich darauf, dass ihre Pfründe für weiteres hauptamtliches Personal und Sachmittel nicht geschmälert werden,
- sie konkurrieren untereinander um knappes Geld und auch um „Kunden“
- gleichzeitig haben sie aber erhebliche Probleme, die noch immer notwendigen Ehrenamtlichen (vorwiegend Senioren) zu gewinnen und an sich zu binden, weil sie nicht flexibel genug auf deren Wünsche eingehen. Sie stellen aber – das muss man anerkennen – nach wie vor die größten Engagementbereiche dar mit hunderttausenden von Ehrenamtlichen.

Mehr gemeinsam wirken ist für alle Akteure angesagt!

Daneben gibt es inzwischen eine Vielzahl von kommunalen Strukturen, privaten Initiativen, Bürger- und andere Stiftungen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Mehrgenerationen-häuser, Stadtteilbüros und auch Unternehmen mit CSR-Programmen, Social Entrepreneurs und vieles andere mehr: Ein Wirrwarr zumeist subventionierter bzw. mit Steuervorteilen versehen oder/und mit Spenden finanzierter Einzelakteure, die sich ebenso wie die Wohlfahrtsverbände und konkurrierend zu ihnen untereinander Konkurrenz um Zielgruppen, Geld und Aufmerksamkeit – sowie auch um die begehrten Senioren - machen. Dieses Wirrwarr ist auch Ergebnis einer stark segmentierten Förderlandschaft mit einer ebenso segmentierten Vorgehensweise der einzelnen Akteure:

Wir brauchen weniger isolierten, caritativen Aktivismus und mehr transsektorale und strategische Kooperation!

Die Politik macht das, was sie will, mit Partnern, die sie sich aussucht. Unternehmen folgen ihren Partikularinteressen und verbinden diese mit Einzelprojekten. Einige zivilgesellschaftliche Organisationen degenerieren zum Selbstzweck, sie sind eifersüchtig auf ihre Selbständigkeit bedacht, konkurrieren untereinander und gönnen sich oft gegenseitig erzielte Erfolge nicht. Das ist keine gute Grundlage für einen effektiven sozialen Wandel, den wir auch und gerade in den Kommunen dringend brauchen. Also muss es die Aufgabe von wichtigen Playern sein, mehr systematische und strategische Zusammenarbeit zwischen den Sektoren und innerhalb der Sektoren anzustiften. Und hier sind als Akteure die Stiftungen in einer gesellschaftlichen Rolle zu sehen, die kein anderer einnehmen kann. Herr Prölss hat sie als

„Säule“ innerhalb des Sozialsystems gesehen. Ich behaupte, die Stiftungen müssten als Herzkammer der Zivilgesellschaft sich selbst zum **Motor** und Treiber eines alle Bereiche umfassenden sozialen Wandels machen.

Das, was Herr Prölss bei seiner Begrüßung „good governance“ genannt hat, nennen wir „collective impact“ – zu Deutsch: „Gemeinsam Wirken“. Es gilt jetzt, nur noch Projekte zu fördern, die sich zwingend auch mit anderen Akteuren auch aus den anderen Sektoren vernetzen, keine Doppelstrukturen schaffen, sondern wo auch immer es möglich ist, an einem Strang und in dieselbe Richtung zu ziehen. Vielerorts wird das bereits erfolgreich umgesetzt. Das sind mühsame Koordinierungsarbeiten, aber sie sind entscheidend für einen wirksamen Veränderungsprozess.

Wir brauchen mehr Transparenz und Wissensmanagement!

Entscheidende gesamtgesellschaftliche Mängel bestehen allerdings weiter: die fehlende Transparenz und ein mangelhaftes Wissensmanagement. Und eine fast unmöglich zu erreichend transsektoralen Kooperation: Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen ihre Kräfte bündeln und könnten gemeinsam wesentlich wirksamer werden – die vorhandenen Mittel nicht durch Konkurrenz vergeuden, sondern wirksam einsetzen. Viele Initiativen scheitern oft an vielfältigen Widerständen einzelner Verbände oder Behörden oder an mangelhafter Finanzierung, insbesondere nach Auflaufen der öffentlichen oder privaten Förderung. So werden mit absehbarer Sicherheit auch viele Mehrgenerationenhäuser nach dem Ende der Bundesförderung sang- und klanglos untergehen.

Immer wieder wird das Rad von neuem erfunden, obwohl es eine Vielzahl erfolgreicher ähnlicher Projekte, aber eben meist an anderen Orten gibt, die keiner der Aktivisten kennt. Von anderen zu lernen statt die eigenen Grillen zu verfolgen, ist essentiell wichtig für das freiwillige Engagement. Und es gibt dafür auch schon bereitstehende Instrumente: Schauen Sie sich die Internetplattform www.weltbeweger.de an, die von der Stiftung Bürgermut (mit Bundesmitteln!) entwickelt worden ist. Es bleibt vielerorts noch schwierig genug, eine bessere Wirksamkeit in die Tat umzusetzen. Auch aus den Fehlern anderer zu lernen, ist (noch) nicht so leicht.

Eine bessere Absprache des Vorgehens, womöglich eine ständig weiterzuentwickelnde gemeinsame Engagementstrategie pro Region, auch hier in Nürnberg und in den einzelnen Landkreisen, das wäre ein Stück mit verteilten Rollen, in das jeder seine volle Energie und seine besonderen Stärken einbringen und seine eigene Wirkung mit der Kraft anderer Mitstreiter erheblich stärken könnte. Was wir brauchen ist Musik, nicht Krach!

Fest steht: Es ist unverzichtbar, dass wir alle gemeinsam als Bürgerinnen und Bürger genau die Bürgergesellschaft aufbauen, in der wir in Zukunft leben wollen. Bleiben Sie dran und schliessen Sie sich mit anderen gleichgesinnten zusammen, damit wir auch unter schwierigeren Rahmenbedingungen gemeinsam eine solidarische und gerechte Gesellschaft erhalten können.